

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

115 (20.5.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 3 1/2 Uhr vorm. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 115

Donnerstag, den 20. Mai 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag gab Reichkanzler Dr. Marx die kurze Regierungserklärung ab. Sie wurde durch eine Billigungsformel zur Kenntnis genommen, die Deutschnationalen enthielt sich der Abstimmung, Kommunisten und Bäckische brachten einen Mißtrauensantrag ein, der abgelehnt wurde. Der auswärtige Ausschuß des Reichstages billigte die Haltung des deutschen Vertreters in der Studienkommission des Völkerbundes mit großer Mehrheit. Der französische Finanzminister Peret ist nach den ergebnislosen Verhandlungen über die Schuldregelung in London nach Paris zurückgekehrt. Der französische Franken ist weiter stark gefallen. In Brüssel hat der frühere Minister Taisar ein neues Kabinett gebildet. In Polen ist die Lage noch nicht geklärt. Das Land steht im Wahlkampf für die Wahl des Präsidenten, die deutschen Minderheiten haben sich für Pilsudski erklärt.

Die Regierungserklärung

Berlin, 19. Mai.

Nachdem im Reichstag am Dienstag abend auf Antrag der Deutschen Volkspartei der völkische Antrag auf Aufhebung des Reichswehrgesetzes an den Reichsausschuß übergeben war, wurde am Mittwoch ein Nachtragsetat angenommen. In einer zweiten Sitzung fand als einziger Punkt die Entschleunigung einer Erklärung der Reichsregierung auf der Tagesordnung. Die Regierungsparteien haben dazu einen Antrag eingebracht, der lautet: Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und weist über alle Anträge zur Tagesordnung über.

Reichkanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volkswirtschaft tritt, steht mit Ausnahme des Kanzlers aus deutschen Männern zusammen wie das Kabinett Luther. Reichkanzler Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Ueber 3 Jahre hat er seine ganze unbegrenzte Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister und seit Januar 1925 als Reichkanzler hat er bei außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Bewältigung der der Geschichte behafteten. Bausteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner richtunggebenden Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Wege weiter wiesen haben. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle die größte Anerkennung der außerordentlichen, selbstlosen und unermüdbaren Tätigkeit des Reichkanzlers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube mit der Meinung weiter Kreise dieses hohen Hauses übereinstimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb darf ich mich auf wenige Worte beschränken. Das Kabinett wird die bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen. Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in dem Vertrag von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarno-Verträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als unabhängiges Mitglied des Völkerbundes, an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten. Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag hat sich durchaus in diese Politik ein. Er ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Weltfriedens Europas dienen sollen. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hier besteht, wird der Vertrag angesichts seiner Bedeutung dem Reichstag vorgelegt werden. Schwere wirtschaftliche Not, die sich insbesondere in der langandauernden unzureichenden Arbeitslosigkeit äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsstände eingehen, so soll das nicht eine Geringschätzung darstellen. Wir werden ihnen bis an die Grenze des Möglichen entgegenkommen stets bestrebt sein. Zwei Fragen erfordern allerdings nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstages gefassten Beschluß hin, der das Rundschreiben des Herrn Reichspräsidenten zur Flaggeneufrage berührt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zu lebendigem Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit aller Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und das durch jenes gesetzte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai d. Js. deren Rechtswirksamkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormaligen regierenden Fürstentümern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volkstisch ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einseitigkeit der Reichsregierung in dem dem Volkstisch unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Ver-

änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch dem Vorschlag, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichstag unterbreitet und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in all seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Achtung der Rechte der Länder zu schützen. Nur im engsten verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das angestrebte Ziel zu erreichen.

Die Regierungserklärung wurde im allgemeinen ruhig aufgenommen. Bei den Dankworten an den bisherigen Reichkanzler Dr. Luther kam aus den Reihen der Deutschen Volkspartei lebhafter Beifall. Mit lauten Hört-Hört-Rufen der Kommunisten wurde die Erklärung aufgenommen, daß die Flaggenvorordnung unverändert bestehen bleibt. Am Schluß der Erklärung kamen Beifallsrufe aus den Reihen der Regierungsparteien.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellt fest, daß sich Dr. Luther, obwohl er sich zum parlamentarischen System bekannte, doch sich über das im Parlamentarismus Selbstverständliche hinweggesetzt habe. Es wurden entscheidende Maßnahmen getroffen, ohne jede Zügelung mit den Parteien. Der Sturz Luthers muß eine Warnungslehre für die kommenden Regierungen sein. Falsch sei es, zu behaupten, daß die Flaggeneufrage dem deutschen Volke schuppe sei. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wolle von schwarz-weiß-rot nichts mehr wissen. (Lachen rechts.) Mit der Erklärung des Kanzlers zur Außenpolitik könne sich die sozialdemokratische Fraktion einverstanden erklären. Die Ausführungen zur Flaggeneufrage befriedigten nicht. Wir werden daher einen Gesetzentwurf einbringen, der die Beflaggung der staatlichen Gebäude und diplomatischen Vertretungen regelt. Eventuelle Mißtrauensanträge werde die sozialdemokratische Fraktion ablehnen. Sie sei bereit, die Regierung solange zu unterstützen, als sie die angekündigte Politik beibehalte. Im übrigen habe seine Partei eine Auflösung des Reichstages nicht zu fürchten.

Reichsminister des Innern Dr. Kuls erwidert, daß die Bedingungen zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichswehr nicht bestehen. Eine Verbindung der Reichswehr mit den Verbänden ist streng verboten. Wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten werden.

Abg. Graf Westarp (Dn.) schließt sich den Worten persönlicher Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit Dr. Luthers an. Die kleine demokratische Partei habe ihn mit Hilfe der Sozialdemokraten zu Fall gebracht. Der Redner erkennt die Kürze der Regierungskrisis an und dankt dem Reichspräsidenten für sein Eingreifen. Das Ergebnis sei freilich nur ein Provisorium, das kommt in der Inhalts- und Programmlosigkeit der Regierungserklärung zum Ausdruck. Es müsse endlich eine Regierung geschaffen werden, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. (Zustimmung rechts.) Das wesentliche Merkmal der achtjährigen Krise besteht darin, daß das Zentrum einmütig im Kabinett Marx alle Brücken nach rechts abgebrochen hat. Die Regierungserklärung enthalte kein Wort von der bolschewistischen Gefahr, von dem Polizeifisikal in Preußen und dem aufstrebenden Postenfilm. In jeder Veränderung der praktischen Durchführung der Flaggeneuforderung sehen wir ein Zurückweichen, der mit der Autorität der obersten Gewalt untereinander ist und uns zu einem Aufgeben jeder abwartenden Stellungnahme veranlassen müßte. Die Parole gegen die Zerstreuung müsse die Regierung in dem bevorstehenden Agitationskampf ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie aufrechterhalten. Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Fraktion der Regierung keinerlei Vertrauen entgegenbringen könne. Sie habe aber auch keinen Anlaß, dem Übergangszustand, den das Kabinett darstelle, ein Ende zu bereiten. (Beifall rechts.)

Abg. von Guentard (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der er die Verdienste des geschiedenen Kanzlers anerkennt. Im übrigen läge kein Grund zur Unterstützung der politischen Lage vor. An der Krise sei das Zentrum nicht schuld. Im vaterländischen Interesse habe es große Opfer gebracht. Die Zentrumsfraktion gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß das Kabinett Marx seinen schweren Aufgaben in der inneren und äußeren Politik gewachsen sein werde.

Die Abstimmung im Reichstag

Annahme der Billigungsformel. — Pflingsterien

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) schließt sich dem Dank für Dr. Luther vollinhaltlich an. Er nimmt mit Zustimmung davon Kenntnis, daß die Flaggenvorordnung bestehen bleibt und zur Durchführung gelangt. Die Deutsche Volkspartei werde auch an der Schaffung einer Einheitsflagge mitarbeiten. Der neuen Regierung werde sie ihr Vertrauen geben.

Abg. Scheller (Komm.) wirkt der Regierung Tatenlosigkeit vor und fordert Auflösung des Reichstages.

Abg. Dr. Haas-Baden (Dem.) sieht in der Erklärung des Reichkanzlers eine geeignete Grundlage zur Fortführung der Geschäfte. Die demokratische Partei preise deshalb der Regierung ihr Vertrauen aus. Die Fraktion ist überzeugt, daß der Erlaß der Flaggenvorordnung das Wohlergehen des Reiches schädigt und den Streitstoff im Volke vermehrt. Die Parteien, die die Außenpolitik der Regierung tragen, müssen auch innerpolitisch zusammengeführt werden. Solange das gelte, stehe die deutsche Demokratie hinter der Regierung.

Abg. Leicht (Wager. Vp.) erkennt die Verdienste des letzten Kanzlers an und spricht dem Kabinett Marx das Vertrauen der Bayer. Volkspartei aus.

Abg. von Graefe (Völk.) legt ein Mißtrauensvotum vor, wonach die Reichsregierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitze.

Damit schließt die Aussprache.

In einfacher Abstimmung wird dann der Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Reichstag die Erklärungen der Reichsregierung zur Kenntnis nimmt und über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung übergeht. Für diesen Antrag stimmten mit den Regierungsparteien die Wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten, dagegen die Bäckischen und die Kommunisten. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Das völkische Mißtrauensvotum ist damit erledigt. Reichkanzler Marx wird vielfach beklümmelt.

Das Haus vertagt sich und geht in die Pflingsterien. Nächste Sitzung: Montag, 7. Juni.

Vorspiel zur Abrüstungskonferenz

Am 18. Mai trat die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz in Genf zusammen. An der Spitze der deutschen Delegation steht der frühere Botschafter in Washington Graf Bernstorff. Die Kommission hat vor allem ein bestimmtes Fragestema zu bearbeiten, in dem zunächst der Begriff der militärischen Rüstung untersucht und festgestellt werden soll. Auch der Begriff der Rüstungsbeschränkung soll in diesen Vorbereitungen festgelegt werden. Ferner soll geprüft werden, ob die militärische Macht der verschiedenen Staaten lediglich für Verteidigungszwecke oder für den Angriff bestimmt ist. Eine Reihe von Fragen beschäftigt sich auch mit dem Problem, welche Kriterien für den Unterschied zwischen militärischer und ziviler Fliegerei maßgebend sind. In der vorbereitenden Kommission nehmen außer einer Anzahl Völkerbundstaaten und Deutschland auch die Vereinigten Staaten teil, die ja ebenfalls, wie das Reich, dem Völkerbund nicht angehören. Eingeladen war auch die Sowjetunion. Die Russen haben aber bekanntlich in einer sehr scharf gehaltenen Note, deren Spitze sich in erster Linie gegen die Schweiz richtet, ihre Beteiligung abgelehnt. Man wird gut tun, in Deutschland auch dieser Kommission mit Mühler Skepsis gegenüber zu stehen. Diese Zurückhaltung ist umso mehr berechtigt, als ein wirklich ernsthafter Wille zur Beschränkung der Rüstungen auch bei den Staaten nicht vorhanden ist, die, wie Polen und Frankreich, mitten in der Wirtschafts- und Währungsatastrophe stehen.

In der ersten öffentlichen Sitzung hat der deutsche Delegierte Graf Bernstorff festgestellt, daß Deutschland seine Pflicht erfüllt hat und erwartet, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen. Der englische Delegierte Lord Robert Cecil führte aus, daß die Abrüstungsfrage zwei Seiten habe, eine wirtschaftliche und die der nationalen Sicherheit. In wirtschaftlicher Beziehung sei Großbritannien Industrieland wie die anderen Länder. Es müsse seine Ausgaben einschränken und leide unter einer schweren Steuerbelastung, sowie unter Arbeitslosigkeit. Was die Frage der nationalen Sicherheit betreffe, so lägen hier die Dinge so, daß jedes Land die Rüstung des anderen überwache und aus Furcht vor der Rüstungsvermehrung der anderen die eigenen verstärke. Die einzige Möglichkeit, die allgemeine Rüstungsverminderung zu verwirklichen, sei die Schaffung allgemeiner Sicherheit. Was die britische Armee betreffe, erklärte Lord Cecil, so habe diese nicht die Aufgabe wie die anderen Armeen. Die heimische Armee Großbritanniens habe vor allem die Pflicht der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der Zurückweisung plötzlicher Angriffe. Die Größe der britischen Armee beruhe gänzlich auf ihren überseeischen Verpflichtungen. Außerdem habe Großbritannien Verpflichtungen in Ägypten, Mesopotamien und Palästina. Die britische Armee sei somit in einer besonderen Lage. Was die Stärke der britischen Flotte betreffe, so lasse vor allen Dingen die Größe der übrigen Flotten in Betracht. Großbritannien habe es begrüßt, daß man sich in Washington darüber geeinigt habe, die Zahlen gewisser Schiffe zu verringern. Was die Luftwaffe betreffe, so hänge der Umfang der englischen Luftwaffe von der anderer Länder ab. Großbritannien würde mit Freude eine Einigung über Verminderung dieser Waffe begrüßen. Großbritannien sei bereit, mit allen Kräften an der Aufgabe der Kommission mitzuwirken. Abrüstung und Sicherheit hingen eng miteinander zusammen. Das britische Volk verfolge die Beratungen der Kommission mit größtem Interesse. Es komme darauf an, zu beweisen, daß die Rüstungsverminderung wirklich durchführbar sei. Es sei eine Aufgabe, die viel Zeit erfordere und die nicht übereilt werden dürfe.

Nach dem Vertreter Deutschlands sprach der amerikanische Vertreter Gibson. Er erklärte: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Einladung zur Teilnahme an der Kommission mit Freude angenommen. Die Gründe hierfür seien in der Botschaft des Präsidenten an den Kongreß vom 14. Januar niedergelegt. Im Verfolg dieser Politik werde die amerikanische Regierung jede Maßregel unterstützen, die die Erreichung des Zieles machen könne. In der Überzeugung, daß die übertriebenen Rüstungen eine wesentliche Kriegsursache seien, habe die Regierung der Vereinigten

Staaten seinerzeit die Washingtoner Konferenz von 1921 einberufen. In der Absicht, jeden weiteren Versuch zur Herbeiführung der Rüstungsbeschränkung zu unterstützen, habe der Präsident die Delegation angewiesen, die Arbeiten der Kommission auf das nachdrücklichste zu unterstützen und erklärt, es werde ihm eine hohe Befriedigung gewähren, wenn die amerikanische Regierung in irgendeiner Weise zur Lösung beitragen könne. Was die Haltung der amerikanischen Regierung in allgemeiner Hinsicht betreffe, so sei die Lage in den einzelnen Gebieten der Welt so verschieden, daß die Abrüstungspolitik eher durch Abkommen gefördert werden könne, die sich auf gewisse Gebiete beziehen, als durch einen für die ganze Welt anwendbaren Plan. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Landstreitkräfte seit dem Krieg auf ein Minimum verringert, aber die Verhältnisse in anderen Ländern seien anders. Was die Flottenrüstung betreffe, so sei ein wesentliches Ziel des Programms der Washingtoner Konferenz verwirklicht worden. Die amerikanische Regierung würde jeden Schritt begrüßen, der zu einer weiteren Einschränkung führen würde. Der Redner erklärte weiter, daß es zweckmäßig sein werde, so viel als möglich aus den aus dem allgemeinen Fragenkomplex allgemeine konkrete Fragen auszuscheiden und sie einzeln in Angriff zu nehmen. Als erste Frage der praktischen Probleme sei die Einschränkung des Rüstungswettbewerbs zu nennen. Der Redner schließt mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten der Aufgabe, die nur gelöst werden könne, wenn man einig sei und gegenseitiges Verständnis zeige. „Wir haben kein Recht, unsere Völker zu enttäuschen, die so viel gelitten haben, und wir können sicherlich jetzt etwas tun, um sie von ihren Sorgen zu befreien.“

Die Debatte im Abrüstungsausschuß

Die Debatte über die Frage, was man überhaupt unter Rüstung verstehen soll, zeigte mit aller Deutlichkeit die Schwierigkeiten der Aufgabe des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz und die Gegensätze in den Auffassungen der Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens einerseits und England andererseits. Paul Boncour (Frankreich) vertrat die These, daß eine effektive Beschränkung der Friedensrüstungen nur angenommen werden könne, wenn die Länder das Gefühl hätten, daß dabei die Gefahren in Rechnung gestellt seien, denen sie eines Tages bei einem Angriff ausgesetzt sein könnten. Außerdem muß nach seiner Ansicht die Herabsetzung der Rüstungen notwendigerweise mit der Organisation des wirtschaftlichen und des militärischen Bestands im Kriegsfall eng verknüpft werden. — Der italienische General de Marinis ging noch viel weiter als Paul Boncour, indem er auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Bodenschätze, Rohstoffe und der Verkehrsmittel usw. hinwies und erklärte, daß jedes Heer, das auf seine Rüstungen allein angewiesen wäre, heute zur Ohnmacht verurteilt sei. Die natürliche Wirtschaftskraft eines Landes müsse die Grundlage seiner Friedensrüstung sein. — Auch der belgische Senator de Broqueville unterstützte die französische These und verlangte schließlich, daß die Rüstungsstärke eines Landes nach folgenden drei Gesichtspunkten untersucht werde: 1. Friedensrüstung, 2. Mobilisation im gewöhnlichen militärischen Sinne und 3. industrielle Mobilisation. — Lord Robert Cecil führte aus: Tatsächlich vorhandene Rüstungen können herabgesetzt werden, nicht aber die gesamte potentielle Kriegsstärke eines Landes. Art. 16 des Völkerbundespaktes sieht gerade für den Fall eines Angriffs die wirtschaftliche Unterstützung durch Völkerbundsstaaten zum Ausgleich einer etwa vorhandenen wirtschaftlichen Unterlegenheit gegenüber einem Gegner vor. Man darf die entsprechenden Versuche nicht zu weit treiben und darf nur die Herabsetzung der Rüstungen ins Auge fassen, die entweder sofort oder in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Ausbruch eines Konflikts verwirklicht werden können.

Deutschland.

Vom Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 19. Mai. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit den Arbeiten der Studienkommission in Genf. An der Debatte beteiligte sich der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und der Botschafter von Hoersch. Die Verhandlungen der deutschen Vertreter in der

Studienkommission wurden von den Rednern der Parteien mit Ausnahme des kommunistischen und des völkischen Redners durchweg gebilligt.

Brasilien lenkt ein

Berlin, 19. Mai. Wie die Morgenblätter aus Genf melden, haben bei Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses für die Zusammenlegung des Völkerbundsrates noch Besprechungen zwischen dem Botschafter von Hoersch und dem brasilianischen Vertreter Montarroyos stattgefunden. Montarroyos hat kurz vor der Abreise des deutschen Botschafters denselben aufgefordert, ihm über die brasilianische Haltung zur Ratsfrage im Auftrage seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die durch die gefälligen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervorgehoben wurden. Bei der Abfahrt des deutschen Botschafters aus Genf war der brasilianische Vertreter am Bahnhof anwesend, um sich von Herrn von Hoersch zu verabschieden.

Die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien

Berlin, 19. Mai. Seit der im August 1923 erfolgten Errichtung des deutschen Konsulats in Nowosibirsk wurden von diesem 216 ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die in Sibirien freiwillig zurückgelassen sind, ermittelt. Sie wurden sämtlich davor unterrichtet, daß sie auf Reichskosten heimgeschickt werden können. Von dieser Möglichkeit machten im ganzen nur 50 Gebrauch, die, soweit sie verheiratet sind, mit ihren Familien nach Deutschland zurückkehrten. Die übrigen haben die Heimkehr entweder endgültig abgelehnt oder noch keine oder nur unbestimmte Erklärung abgegeben. Einige erhielten bereits ihre Pässe und Reisegeld, letzteres zum Teil mehrmals, ohne die Heimreise anzutreten.

Aus Baden

Badischer Landtag

Karlsruhe, 18. Mai. Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe neuer Einträge, darunter befinden sich allein 57 Gesetze. Zunächst werden fünf Anträge erledigt. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Maier-Karlsruhe (Ba. Voa.) betr. Verbot einer Vortragsreihe über die deutsche Not in Sibirien wird regierungsseitig erwidert, daß ein solches Verbot nicht erlassen, wohl aber den Veranstaltern auf Wunsch des Auswärtigen Amtes nahegelegt werden sei, auf die Vorträge mit Rücksicht auf die außenpolitischen Wirkungen zu verzichten. Gerade von deutschstämmigen Kreisen Südtirols sei nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die von nicht verantwortlicher Seite betriebene Propaganda in der Südtiroler Frage nur zur Eschwerung der Lage geführt habe.

Das Haus beschloß sich dann mit dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaus. Um die Aufnahme der durch erste Hypotheken gesicherten Gelder zu erleichtern, gewährt das Reich den Ländern kurzfristige Darlehen. Auf Baden wird voraussichtlich ein Betrag von 6-7 Millionen Reichsmark entfallen. Abg. Büchner (Str.) äußert den Wunsch, daß sich die Sparkassen auf ihre alte Geschäftspraxis besinnen und wieder Hypotheken an Volkstische geben möchten. Der Gesetzentwurf wird darauf in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Es folgt die Vorwegbewilligung von weiteren baulichen Anforderungen. Nach den Darlegungen des Berichterstatters Abg. Dr. Maier-Karlsruhe (Ba. Voa.) handle es sich um 137 000 Mark für die Erweiterung der Diensträume der Justizbehörden in Lörrach, 150 000 Mark für den Ausbau nichtstaatlicher Erziehungsanstalten und 100 000 Mark für den Aufbau eines Stodwertes auf das Amtsgefängnis Pforzheim. Das Haus stimmt zu.

Das Haus nimmt dann Stellung zu dem demokratisch-vollparteilichen Antrag, der den Begriff „Stimmenshaltung“ in die Geschäftsordnung aufnehmen und die Konsequenzen für die Mehrheitsbildung festlegen will. Er wird nach einer kurzen Aussprache mit 40 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Gegen den Schluß der Sitzung kam die Aufmerksamkeit der Sparsparrenten auf Sprache und zwar berichtete der Berichterstatter des Ausschusses für Rechtsplegen und Verwaltung über die Mitteilung des Ministeriums des Innern und die Gesetze des Landesvereins zur Beförderung der Beamten und Hinterbliebenen, des J. Siegwart in Freiburg, des Landesverbandes Baden des Hypothekengläubiger- und Sparersvereinsverbandes über den Schutz der Gläubiger der badischen Gemeinden. Aus dem sehr umfangreichen Antrage des Ausschusses heben wir folgende Einzelheiten hervor: Unter Verzicht auf die Bildung einer Teilungsmasse wird ein einheitlicher Aufwandsfuß von 12,5 v. H. bestimmt; soweit Sparkassen nicht aus eigenen Mitteln zur Erreichung dieses Satzes in der Lage sind, werden sie durch Bei-

träge der bürgenden Gemeinden hien zu Stande zu bringen; das Meistbegünstigungsrecht des Paragraphen 5 Abs. 2 des Württembergengesetzes ist in der Weise Rechnung getragen, daß eine Gemeinde, die nach Inkrafttreten der Verordnung die eigenen Schulden höher als 12,5 v. H. aufwertet, der von ihr verbleibenden Sparrate durch weitere Beiträge eine zureichende Aufwertung haben können vom Gläubiger zur Hälfte vom 1. Januar 1924 an und für die zweite Hälfte vom 1. Januar 1925 an nach Maßgabe der Satzungen der Sparrate gekündigt werden. Es soll aber insbesondere bedürftigen Personen im Sinne der Paragraphen 19 und 21 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1923, ferner Schwerkranken, Invaliden und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, sowie Personen über 60 Jahre, überall Bedürftigkeit vorausgesetzt, welche vom 14. Februar 1924 Gläubiger von auszuwertenden Sparraten freigehalten werden oder insoweit im Erbwege es werden, auf Antrag der Aufwertungsbeitrag innerhalb eines Jahres von dem Beginn des Kalenderjahres an anrechnet, das die Antragsstellung folgt, ausbezahlt werden; die auszuwertenden Sparraten sind vom 1. Januar 1924 an zu vermindern. Den einseitigen Zinsfuß bestimmt die Regierung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Sparrate, die vom 15. Juni 1922 an ausbezahlt Guthaben werden aufgewertet, auch wenn der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistung die Rechte nicht vorbehalten hat. Die Zahlung ist in Höhe des Goldmarkbetrages anzurechnen. Einzahlungen, die nach dem 14. Juni 1922 eriolaten, bleiben bei der Aufwertung unberücksichtigt. Die Guthaben werden durch die Beschlussefassung unter 1 für erledigt erklärt.

Baden-Baden, 19. Mai. (Neue Anleihe.) Der Stadtrat beschloß die Aufnahme einer langfristigen Anleihe von zwei Millionen Reichsmark, um die Mittel für Wohnungsbeschaffung und Erweiterung städtischer Betriebe zu erhalten.

Baden-Baden, 18. Mai. (Anleihe.) Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Projekt der Aufnahme einer langfristigen Anleihe in Höhe von 2 Millionen Reichsmark. Eine Million soll für Wohnungsbeschaffung verwendet werden. Ein Angebot einer auswärtigen Bank liegt bereits vor, doch soll auch den hiesigen Bankgruppen Gelegenheit gegeben werden, Angebote einzureichen.

Grünfeld (Bezirk Tauberhofsheim), 19. Mai. (Tafelherd.) Beim Futterholen glitt der hiesige Gemeindevorstand Christoff beim Aufsteigen auf dem Gebälk ab und verletzte sich nach kurzer Zeit.

Willingen, 19. Mai. (Ein zweiter Bürgermeister.) In der gestrigen Bürgerauschusssitzung wurde nach langer Debatte die Stelle eines zweiten Bürgermeisters mit großer Mehrheit genehmigt.

Willingen, 19. Mai. (Autounfall.) Zwischen Willingen und Oberhof ereignete sich ein Autounfall. Ein mit zwanzig Personen besetztes Lastauto aus Schönenhausen wollte einem älteren Mann ausweichen. Dabei kam das Auto dem entgegenfahrenden entgegen und stürzte die Böschung hinab. Die Mitfahrer erlitten meist nur leichte Verletzungen.

Heitersheim, 19. Mai. (Zu dem Autounfall bei Grünfeld.) Zu dem Autounfall bei Grünfeld wird berichtet, daß der tödlich verunglückte Vizekonsul Jaquemin nach seinem Heimatomat in der Nähe von Lyon überführt wurde. Von den beiden verletzten Damen handelt es sich nicht um die Gattin und die Tochter des Vizekonsuls, sondern um seine Gattin und seine Schwester, die beide im 22. Lebensjahre stehen. Ihre Verletzungen haben sich als ungefährlicher herausgestellt, als zuerst angenommen wurde. Gestern früh trübte der Arttag und der Konjul des französischen Konsulats in Stuttgart hier ein und sprach den Ortsbehörden den Dank für die geleistete Hilfe aus.

Aus Stadt und Land.

W. Durlach, 19. Mai. (Aus der Stadtratsitzung.) Die im Wasserwerk in den letzten Wochen neu eingebauten Maschinen werden besichtigt. — Das Gesetz des Karl Stadinger in der Mittelstraße um vorläufige Genehmigung zum Ausschneiden von alkoholfreien Getränken in seinem Neubau wird befürwortend dem Bezirksamt weitergeleitet. — In der Pfingstkirche soll bei Heilmann eine Benzinpumpe errichtet werden. Der Stadtrat hat hiergegen bei Einhaltung der üblichen Bedingungen nichts einzuwenden. — Die Lieferung von Steinleinen für die Herstellung des Steinleinenweg wird vergeben. — Es sind Klagen eingelaufen, daß sich bei den Arbeiten der Pfingstkirche viele Unbefähigte heruntreiben und dadurch den geregelten Fortgang der Arbeit hindern. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß

„Also die Salome oder Kündigung?“

„Ja“, sagte Franziska.

Sie setzte sich durch, sie bekam die Rolle.

Franziska kam wie berauscht nach Hause und warf sich über die neue Partie, es würde „ihre“ Rolle werden. Die Kolleginnen gönnten es Franziska und gönnten es der Ebenhausen. Es war nicht mehr als recht, daß auch mal die Rott zu Wort kam.

Die ehemals berühmte alte Ballerina studierte ihr den Tanz der sieben Schleier ein: Franziska hatte es durchgesetzt, ihn selbst zu tanzen, gegen den Willen der Prima ballerina und des Intendanten.

Franziska lief zu den Proben, daß in jedem Schauspiel, nahm ihre Gesangsübungen mit Pünktlichkeit und Geduld vor, abends lag sie auf dem Sofa, unfähig zu sprechen, und erschöpft. Die Proben zum Schleiertanz beschäftigten sie ganz.

„Willst du denn den selber tanzen?“ fragte auch Haff. Sie nickte.

„Entweder — oder. Die Ebenhausen“, sagte sie verächtlich, „hätte ihn von der Prima ballerina tanzen lassen. Aber wenn diese sich auch schminkte und das Gesicht verhüllte, es war doch störend, daß es nicht dieselbe Körper war, der vor Herodes sang und tanzte. Aber ich geb' den Tanz mit her. Das muß aus einem Guß sein. Ich werde die Salome singen, spielen und tanzen.“

„Aber du bist doch keine Prima ballerina“, sagte Haff. Er hatte den „Johannes“ in München gesehen mit einer Schauspielerin, die den Tanz plump und häßlich tanzte und dadurch die Begeisterung des Herodes einfach unverständlich machte. Sie hatte sich auf ein Gebiet gewagt, das sie nicht beherrschte.

„Man kann alles lernen“, sagte Franziska. „Ich werde euch was vortanzen, ah!“ Sie warf die Arme in den Nacken und schloß die Augen, ihre Brust hob und senkte sich heftig, und er sah, daß ihr Tränen die Wangen herabließen.

Franziska.

Der Roman einer Opernsängerin

Von Elisabeth Dill.

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. d. S.

37. Fortsetzung.

Aber sie fühlte, daß sie sich von ihm löste, daß ein anderer bereits ihre Gedanken besaß.

„Ich will wissen, ob jemand zwischen uns steht. Ja oder nein?“ beharrte er.

Und halb bewußtlos vor Angst, sagte sie ihm, daß alles nur Phantasien gewesen seien, die sie manchmal überkämen.

„Ich will dir glauben“, sagte Haff. „Aber von dem Tag an, an dem ich mich betrogen wußte von dir, würde ich dich mit dieser Hand töten, wo ich dich fände. Ich würde dich zu finden wissen, wohin du auch fliehen würdest, Franziska. Und aus diesem Zimmer kämest du lebend nicht mehr heraus. Das kannst du mir glauben, Franziska. . . Und nun laß den Tee bringen, ich bin hungrig wie ein Löwe.“

Haff nahm eins der Morgenblätter von dem bequemen Sessel auf und setzte sich an das Feuer. Franziska erhob sich, um zu schellen. Sie war wie betäubt. Seine Worte, so einfach, so leicht hing gesprochen, hatten auf sie gewirkt wie eine Zaubersprüche, die einen umspinnt und in deren Kreis man fortan wandelt.

Die Mitteilung Mariols, daß zu Pfingsten „Salome“ herausgebracht werden sollte, fiel wie eine Bombe in das feindliche Lager der Künstler! Gleich nach Weihnachten war er mit dem Ring herausgekommen und nach Ostern Strauß, es war unerhört! In den ausgeglichenen Wohlgenussigen Bahnen hatte es nach Ostern niemals Premierieren gegeben, es war eine Zumutung für die ermüdeten, überanstrengten Künstler!

Zwischen der Ebenhausen und Franziska setzte ein Kampf ein, eine Folge von Szenen und Ausritten, die sich auf dem Bureau des Intendanten hinter verschlossenen Türen abspielten. Die beiden kämpften für die Rolle der Salome.

Franziska ging entschlossen auf das Bureau des Intendanten, jetzt galt! So hatte der Intendant die Rott noch nie gesehen, sie stand mit aufgerissenen Pelz vor ihm, wie eine Löwin kämpfte sie für diese Rolle. Sie legte ihm ihre Kritiken der Helena, der Giulietta vor. Hatte die Ebenhausen jemals solche Besprechungen gehabt? Niemand würde die eine Salome geben können, niemals den Tanz der sieben Schleier tanzen.

Das brauchte sie auch nicht, davon hing der Erfolg der Rolle nicht ab, warf der Intendant ein, der, ruhig lächelnd, das Monokel eingeklemmt, an seinem Diplomatenstisch saß, mehr amüsiert als bewegt von diesem Wortschwall, der an seinem an derartige Auftritte gewöhnten Ohr vorüberauschte.

Jedemal war ihr die Ebenhausen zuvorgekommen, aber diesmal würde sie sich ihr in den Weg stellen. Lieber in einer Dachkammer wohnen und trockenes Brot essen, wie sich immer verdrängen lassen von einer Kollegin, die man nur bevorzugte, weil sie von hier und aus guter Familie war. Die Rollen, die ihr die Ebenhausen zu kommen ließ, aus denen war nichts herauszuholen. Als Salome würde sie etwas Ungewöhnliches bringen, das fühlte sie.

„Sie haben uns ja schon in der „Schönen Helena“ gezeigt, daß Sie etwas können“, besänftigte der Intendant die erregte Künstlerin, die er bis dahin immer für temperamentlos gehalten.

Franziska warf den Kopf zurück. Ah, die Helena, das war eine kleine, lächerliche Sache, und sie hatte doch einen Bombenerfolg damit gehabt. Ueberall nach auswärts, wo jetzt die „Schöne Helena“ gegeben wurde, rief man sie schon hin. Gestern hatte sie wieder ein Telegramm bekommen, sie im Residenztheater in K. zu singen, aber Soubrettenrollen genügte ihr nicht.

Das Betreten des in Frage kommenden Geländes durch Unbefugte verboten ist. Zuwiderhandlungen haben Zwangsmassnahmen zu erwarten.

Durlach, 20. Mai. Heute abend hält der bekannte Graphologe Direktor Rünge in der Lessingschule einen Vortrag über „Wissenschaftliche Charakterbeschreibung auf Grund der Handschrift.“ Wir möchten auch an dieser Stelle auf den Vortrag noch besonders aufmerksam machen.

Schont die Natur! Pfingsten, das Fest, das dem so hart ausgeprägten Wandertrieb unserer heutigen Jugend hoffentlich bei schönem Wetter reichlich Gelegenheit zur Betätigung bringen wird, steht vor der Tür. Wer es nur irgend ermöglichen kann, wird hinausziehen in Wiese, Feld und Wald, um sich an der fortschreitenden Vegetation zu erfreuen. Leider aber ist es notwendig, in die Freudentage hinein auch mit Ermahnungen zu kommen, denn was wird in dem herrlichen Gottesgarten nicht alles beschädigt! Heden, Beem und Strauch werden oft unbarmherzig verstümmelt, sinnlos wird in die Felder hineingelaufen, um die lockenden Blumen zu pflücken, die dann oft gedankenlos nach kurzer Zeit wieder weggeworfen werden und zertreten am Wege liegen bleiben, sodaß also bei der ganzen Handlung nichts übrig bleibt als eine rücksichtslose Schädigung der Kulturen. Auch Gelegenheitspaziergänger zeichnen sich oft in dieser Hinsicht unruhig aus. An Jung und Alt, an alle, die in den kommenden Tagen in die Natur hinausziehen, ergeht darum die Mahnung: **Schont die Natur!**

Neueste Nachrichten.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums gegen die Fürsteneinteignung.

T. U. Berlin, 19. Mai. Der Reichsparteivorstand der Zentrumsgruppe hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, die sich mit der Stellung der Zentrumsgruppe zu dem kommenden Volksentscheid über die Fürsteneinteignung beschäftigte. Der Reichsparteivorstand faßte einstimmig folgende Entschliessung: In Uebereinstimmung mit den Parteigrundsätzen ist die Zentrumsgruppe des Reichstages bemüht gewesen, die Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstentümern im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit zu lösen. Der erste Kompromissentwurf hat keine Annahme gefunden. Die Arbeit ist gestört worden, durch das eingreifende Volksbegehren, das die restlose Einteignung der Fürstentümer fordert. Eine solche Regelung widerspricht dem in der Verfassung gewährleisteten Schutz des Privateigentums und damit einer wesentlichen Grundlage des Rechtsstaates. Darum mußte die Zentrumsgruppe zu einer Ablehnung eines solchen Lösungsvorschlags kommen. Sie kann sich auch heute nicht auf den Boden des Volksentscheidgesetzes stellen.

Der Reichsparteivorstand ist der Auffassung, daß eine befriedigende Lösung folgenden Voraussetzungen entsprechen muß: Die staatsrechtliche Stellung der Fürstentümer ist grundstützend geändert. Sie können darum nicht im Vollbesitz dessen bleiben, was sie als regierende Häuser in Besitz und Nutznießung hatten. Was ihnen als Privateigentum zu verbleiben hat, muß ein mit besonderen Rechtssicherheiten ausgestattetes Gericht entscheiden. Die Folgen des verlorenen Krieges und der Verarmung haben die Fürstentümer mitzutragen. Bei Aufwertungen dürfen sie nicht besser gestellt sein, als andere Staatsbürger. Kronrenten und ähnliche Renten müssen fortfallen. Nur in gemeinschaftlicher Opferart wird das deutsche Volk sich wieder emporarbeiten.

Der Reichsparteivorstand hat zur Zentrumsgruppe des Reichstages das Vertrauen, daß sie alles daran setzen

wird, um den neuen Regierungsentwurf im Sinne dieser Zeitgedanken zu gestalten.

Danach rechtfertigt sich unsere Erwartung, daß eine gerechte, den neuen Zeitverhältnissen entsprechende Lösung tatsächlich gefunden. Aus diesen Erwägungen heraus erwartet der Reichsparteivorstand, daß die Zentrumsangehörigen nicht für das Enteignungsgesetz stimmen.

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

T. U. Berlin, 20. Mai. Die „Germania“ stellt fest, daß die gestrige Reichstagsitzung nicht den Charakter eines großen Tages gehabt habe, daß aber das Vertrauen, das sich infolge der Vorgänge der letzten Wochen zwischen Reichstag und Regierung bedenklich gelockert hatte, wieder hergestellt und daß wenigstens wieder eine Grundlage zur Weiterarbeit und zur Weiterentwicklung geschaffen worden sei. Der „Volkswacht“ nennt den gestrigen Tag einen kleinen Tag. Nicht einmal die Worte über die Verfassungsmöglichkeiten der Flagenverordnung hätten Widerspruch erfahren, obwohl darüber Luther noch vor acht Tagen gestürzt worden sei. Dem Reichstag habe der Sinn nur nach ungestörtem Eintritt in die Pfingstferien gestanden. — Der „Tag“ meint, die Regierungserklärung sei zwar korrekt aber inhaltlos gewesen. — Die „Tägl. Rundschau“ hebt als das wesentliche der Regierungserklärung hervor, daß noch einmal die Tatsache nachdrücklich betont worden sei, daß die Regierung die Flagenverordnung aufrecht erhält und durchführt. Die demokratische Aktion gegen Luther erscheine doppelt grotesk, wenn man sie rückwärtig betrachte. Aber sie habe doch leider vom Standpunkt der Demokraten einen Erfolg gehabt, der den Umschlag in der Haltung der Linksparteien erkläre. Der Reichskanzler Dr. Luther sei der Meinung nach rechts verdächtig gewesen. Von dem Reichskanzler Marx sei die Linke überzeugt, daß er sich nie mit rechts verbinde, sondern vielmehr darauf sehen werde, daß der Umschlag nach links nicht verloren gehe. — Das „Berl. Tageblatt“ vermißt in der Regierungserklärung eine besondere Erklärung darüber, daß die Durchführung der Flagenverordnung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden sei, und bedauert, daß darüber unter den Regierungsparteien keine Einigung zu erzielen gewesen sei. — Der „Börsencourier“ sagt, jedes Wort der Regierungserklärung sei in Farblosigkeit getaucht gewesen. Marx bedürfe auch keines besonderen Programms, weil sein Name schon ein Programm sei. — Der „Vorwärts“ meint, es sei eine Regierungserklärung ohne neuen Kurs gewesen. Die Verhältnisse blieben nach wie vor unklar und gespannt. — Die „Wochenzeitung“ sagt, das offizielle Ende dieser Krisenperiode sei ebenso absonderlich, wie der Anfang. Die Abgeordneten hätten den Eindruck gemacht, als wenn sie sagten, um der gegenwärtigen Zwischenlösung willen lohne sich der größere Verbrauch von Temperament nicht. — Die „D. Z.“ meldet, das Uebergangsgesetz des Kabinetts hänge von dem Geschieh ab, möglichst lange zwischen rechts und links zu lavieren. Seine Aufgabe sei, im rechten Augenblick und nach der rechten Seite hin zu sterben. — Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die gestrige Abstimmung über den Billigungsantrag als die Wegbereitung für die Große Koalition. — Die „Kreuzzeitung“ sagt, das Ziel, dem Kabinet die Regierung zu ermöglichen, sei durch doppelte Dürftigkeit erreicht worden, durch Dürftigkeit der Erklärung des Herrn Dr. Marx und durch Dürftigkeit des Antrags, in dem die Regierungsparteien zur Errettung des Kabinetts die eingegangenen Mißtrauensanträge totgeschlagen hätten.

Regierungskrise in Frankreich.

T. U. Paris, 19. Mai. Mit welchem Interesse man in politischen Kreisen die Vorgänge auf dem Desinen-

markt verfolgt, zeigt die Tatsache, daß eine Abordnung sozialistischer Deputierter sich heute zu Briand begab, um ihn im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage zu bitten, das Parlament noch vor dem 27. Mai einzuberufen. Die Abordnung wurde von dem Generalsekretär im Außenministerium empfangen. Die Sozialisten haben darauf eine Resolution angenommen, in der sie unter Hinweis darauf, daß ihre Gruppe ursprünglich die Wiedereinberufung des Parlaments auf den 11. Mai vorgeschlagen hatte, es der Regierung nahezu legen, unverzüglich zur Einberufung der Kammer zu schreiten.

Briand empfängt den polnischen Botschafter in Paris.

T. U. Paris, 19. Mai. Briand hat heute nachmittag den polnischen Botschafter Chlapowski empfangen. Die Aussprache bezog sich auf die Lage in Polen. Chlapowski hat dem französischen Ministerpräsidenten die Versicherung des neuen Kabinetts überbracht, daß die Linie der polnischen Außenpolitik nicht geändert werde.

Abberufung der polnischen Botschafter in Paris und London.

T. U. Warschau, 19. Mai. Es steht nunmehr fest, daß der polnische Botschafter in Paris Chlapowski, der der französischen Presse falsche Nachrichten über den Zustand in Warschau gegeben hat, abberufen werden wird. Den Pariser Posten soll der frühere Ministerpräsident Kucharski einnehmen. Der Botschafter in London Chirunt wird wahrscheinlich durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Skrzynski ersetzt werden.

Ein Aufruf Mussolinis an die italienischen Faschisten.

T. U. Rom, 19. Mai. Anlässlich des im gestrigen Ministerrat gefassten Beschlusses, ein Gewerkschaftsgesetz zu schaffen, erließ Mussolini heute eine Proklamation an die Faschisten ganz Italiens, in der es heißt: Italien war ein demokratischer agnostischer unfähiger Staat. In seiner Stelle steht der faschistische Staat, und zum ersten Mal in der Geschichte realisiert eine konstruktive Revolution wie die unfruchtbar auf friedlichem Wege die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und intellektuellen Kräfte der Nation, um sie gemeinsamen Zielen zuzuführen. Zum ersten Mal wird ein System von 15 großen Körperschaften geschaffen, alle auf der Basis der Gleichberechtigung, anerkannt und geschützt in ihren legitimen Interessen vom souveränen Staat. Erst heute im faschistischen Staat erhebt sich das Volk in seiner Aktivität und Arbeit auf die Höhe der bewußten Mitarbeit an seinem Geschick. Die Nation, getragen von Eurem Geist, gezeitigt durch Eure Disziplin, wird erst ein unzerstörbarer Block politischer, wirtschaftlicher und moralischer Energie sein. Schwarzhemden! Hoch die Banner! Feiert mit einem Akt des Willens und der Hingabe das heutige Datum als eines der wichtigsten unserer Revolution.

Die Ueberschwemmung an der Wolga.

T. U. Moskau, 19. Mai. Die Ueberschwemmung der Wolga nimmt einen immer katastrophaleren Charakter an. Laut Nachrichten, die heute hier aus Nishnynowgorod eingetroffen sind, ist fast die ganze Messe überschwemmt worden. Die meisten Messepavillons befinden sich vollständig unter Wasser. Der Pavillon des Gostorg Regierungshandelsamtes ist durch das Wasser fortgerissen worden. Fast sämtliche Ausstellungsgegenstände sind mitgeschwemmt. Der Schaden soll über zehn Millionen Rubel betragen.

Unmehliches Wetter für Freitag.

Die Tiefdruckstörungen über Mitteleuropa ziehen ostwärts ab. Hochdruck im Westen kommt mehr zur Geltung. Für Freitag ist nur noch zeitweise bedecktes, in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.



Für Pfingsten 1926
Moninger
Doppel-Märzen
Starkbier

Fernruf 6444

Maul- und Klauenfische in Graben.

Wegen weiterer Ausbreitung der Maul- und Klauenfische in Graben werden sämtliche in der Moltke- und Kirchstraße gelegenen Gewässer als Sperrgebiet erklärt. Der übrige Teil der Gemeinde ist Sperrungsgebiet.

Karlsruhe, 18. Mai 1926. (D. S. 98)
 Bad. Bezirksamt — Abt. II b.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 21. Mai 1926, nachmittags 10 Uhr, werde ich in Durlach im Wandlokal gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

- 1 Kleinschmiede, 13 bezinnte Fleischhaken, 1 Ladenwagen mit Gewichten, 1 Spaltloz, 1 Marktstand, 1 Herrenfahrerabrad, 1 Schreibstisch, 1 zweirädriger Schrank, 1 Wild (Wegemalde), 1 Rindenschädel, 31 Lodenjoppen.

Durlach, den 19. Mai 1926.
 Derzog, Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 21. Mai 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Durlach im Wandlokal gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

- 1 Motorrad (Mars) mit Beiwagen.

Die Versteigerung findet bestimmt statt.
Durlach, den 20. Mai 1926.
 S 511 e, Gerichtsvollzieher.

Wiese

auf der Hub zu pachten oder zu kaufen gesucht. Zu erfragen im Verl.
Rinderwagen
 sehr gut erhalten und stabil billig zu verkaufen
 Mollstr. 6, 3. r.

Bergebung von Fuhrleistungen

Die Besuche von Brennstoffen vom städt. Gaswerk nach den städt. Anlagen soll für das Rechnungsjahr 1926 im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden. Die Bedingungen sind bei uns erhältlich.
 Angebote sind spätestens bis zum **Samstag, den 22. Mai 1926** vormittags 9 Uhr verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bei uns einzureichen.
Durlach, den 18. Mai 1926.
 Städt. Hochbauamt.

Speisekartoffel

fortwährend zu haben
N. Mohr
 Kronenstraße 1.

Ueberzeugen Sie sich

von meinen enorm billigen
Pfingst-Preisen
 Damen- u. Mädchenmäntel, Kostüme, Röcke, Woll-, Seiden- und Waschkleider, Kasackes, Wind-jacken, Gummimäntel f. Damen u. Herren, Usterröcke, Damenwäsche, Regenschirme

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 36 1 Trepp.
 Ausschneiden, mitbringen, 5% Rabatt.
 Ein **Steinwagen**
 60-70 Htr. Tragkraft zu verkaufen.
 Zu erfragen im Verl.
Möbl. Zimmer
 mit oder ohne Kofk sofort zu vermieten
 Lammstr. 22.

... wie billig!

sind unsere diesjährigen Pfingst-Angebote!

Boxcall Damen-Halbschuhe bequeme Façon 8.90	Braune Box-Spangenschuhe moderne Ausführung 6.90	Box-Herrenstiefel Derbyschnitt, Größe 43/46 9.50	Herrn-Halbschuhe moderne, spitze Form 9.90
Boxcall Damen-Spangenschuhe elegante, spitze Form 8.50	Elegante Lackschuhe mod. französischer Absatz 12.90	Rindbox-Herrenstiefel mit Doppelsohlen, Ia Qualität 12.50	Herrn-Lackschuhe (auch braun) mit Einsatz 17.50

Ebenso haben wir alle anderen Artikel zu Pfingsten im Preise ganz bedeutend zurückgesetzt!

Sandalen	mit Doppelsohlen und doppelt genäht	Größe	20/22	23/26	27/30	31/35	36/42	43/46
		Preis	3,50	4,50	5,-	5,90	6,75	7,80

Schuhhaus v. Schweinfurth Durlach gegenüber dem Rathaus

Dankagung.
Allen denjenigen, die uns durch Geschenke und Glückwünsche zu unserer goldenen Hochzeit beehrt haben, sei auch von dieser Stelle aus herzlich gedankt.
Heinrich Schwander u. Frau.

Turnerbund Durlach 1888, e.V.
Am Pfingstmontag finden auf unserem Turn- und Spielplatz folgende Handballwettspiele statt:
Um 1/2 Uhr:
Lv. Sandweiler I — Turnerbund II
Um 3 Uhr:
Ugde. Kehl I — Turnerbund I
Verbandspiel um die Badische Meisterschaft in der Aufsichtsklasse.
Um 4 Uhr:
Lvj. Ostersheim — Lv. Ettlingen
2. Kreisendspiel der Jugendklasse (Verbandspiel).
Freunde der Turn- und Spielsache herzlich willkommen.
Der Spielausschuss.

Die **Pfingstfeiertage** bringen allerlei Überraschungen wie Verlobungen, liebe Besuche etc. zu welchen **frische Blumen** sinnige Gaben sind, die mehr sprechen, als menschliche Worte.
Nelken, Rosen u. a. in feiner, geschmackvoller Aufmachung empfiehlt die **Kunstgärtnerei Blumenbinderei Sr. Kleiber**
Telephon 105 Baslerstr. 15.

Insertieren bringt Erfolg!

Lyra.
Heute abend 7/9 Uhr **Singstunde.**
Der Vorstand.
R. G. Germania 1892 Durlach.
Berichtigung.
Wandertour: Oppenau-Allerheiligen-Odenhöfen.
frische Odenwälder **Landeier** zum Einlegen eingetroffen bestellte können abgeholt werden
E. Fischer
Feinloft.
Telephon 55.

Pfannkuch & Co.
Eingetroffen **Kabliou** im ganzen Fisch
Wfd. 24 Pfa. im Anschnitt
Wfd. 26 Pfa.
erner **Kollmöpfe Bismarckheringe Heringe i. Gelee Matjes-Heringe Neue Malte-Darstellung**
Pfannkuch & Co.

Bei Ihren Einkäufen
denken Sie bitte auch an die Zweckmäßigkeit sowie an das gesundheitliche Moment
Schuhwaren aller Art, für Damen und Herren
Korsett-Ersatz. Leibchen, Büstenhalter
Wäsche aller Art, poröse Stoffe am Stück
Gesundheitliche Nahrungsmittel finden Sie einwandfrei im Reformhaus Neubert, Karlsruhe, Amalienstr. 75 Eing. Waldstr.

Der schwarze Engel

Goldener Adler, D.-Aue.
Morgen **Schlachtfest,** wozu höflichst einladet
Hermann Kleinert, Metzger u. Wirt.

Das Brot für alle in **Schlagfest.** Jäger u. Pflanz.
Mossansob Goldella das beste von allen **Wortansehen** beständig zu haben
H. Mohr Kronenstr. 1.
Heute **Schlachtfest.** Jäger u. Pflanz.
Mossansob Goldella das beste von allen **Wortansehen** beständig zu haben
H. Mohr Kronenstr. 1.

Die Geburt eines gesunden Mädels zeigen in dankbarer Freude an
Max Kleiber u. Frau Rosl geb. Fallenstein
Durlach, 19. Mai 1926.

Turnverein Durlach 1878
Pfingstmontag, den 24. ds. Mts. **Radtour nach Leopoldshafen.**
Zusammenkunft vorm. 6 Uhr bei der eisenhaltigen Bahnhofs-Abfahrt pünktlich 7 Uhr Rückkehr gegen 11 Uhr.
Nachmittags von 3 Uhr ab **Gemütliches Beisammensein** im Turnerheim (Turnplatz).
Hierzu laden wir unsere werthen Mitglieder nebst Angehörigen herzlich ein
Der Turnrat.
Voranzeige.
Sonntag, den 6. Juni 1926
Großes Schauturnen sämtlicher Abteilungen auf dem Turnplatz.

Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Durlach und Umgebung hierdurch zur Mitteilung, daß ich das Haus des Herrn Glasermeisters Rud. Bär, **Luisenstraße 4** käuflich erworben u. darin eine **Brot- u. Feinbäckerei** mit neuzeitlicher elektr. Maschinenanlage eingerichtet habe.
Es wird mein eifriges Bestreben sein, dem geehrten Publikum mit erstklassigem Brot und feinsten Backwaren zu dienen und mir so das Vertrauen einer verehrl. Kundenschaft erwerben u. erhalten zu können. Auf Wunsch liefere ich die Ware ins Haus und nehme Bestellungen darauf gern entgegen.
Um geneigten Zuspruch bittet
Johann Kumm u. Frau.
Telephon 121.

Seefische
— garantiert blutfrische Ware — empfehle besonders billig.
Kabliou, 1 Pfd. 28 Pfa.
Seelachs, 1 " 28 "
Schellfisch 1 " 48 "
Otto Schöffler.

Flomman
Tisch, Tisch, Tisch
woggen Qualität
Lagerung
Domus
in Durlach!

In letzter Stunde rufen wir Ihnen uns zu besuchen

Mag's heut auch regnen, Oder noch so trübes Wetter sein, Zu „Pfingsten“ gibts bestimmt Sonnenschein.

Und dann haben Sie keinen neuen Anzug, kein neues Kleid und müssen sich vor den Wetterpropheten schämen, die es besser gewußt haben, als Sie. Darum kommen Sie schnell zu uns. Da können Sie auch kurz vor dem Ersten noch kaufen, weil wir Ihnen **Zahlungserleichterungen** bieten.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
Karlsruhe, Kronenstr. 40 Ecke Markgrafenstr.

Das große Modkaufhaus mit vornehmer Kreditbewilligung
für **Herren Damen Kinder**

Pfannkuch & Co.
Anfolge großer Abchlüsse besonders preiswert
1 Waggon 5000 Dosen frische bayerische **Blut- u. Leberwurst**
75 netto Inhalt ca. 850 gr also Wfd. netto 48
Probedeverkauf 1/4 Pfd. 15
Blut- u. Leberwurst mit Fett und Zwiebeln etwas angebraten gibt ein vorzügliches **Essen** Bester **Touristen- Proviant.**
Bei Abnahme von 10 Dosen 72 pro Dose zu empfehlen für **Kantinen, Kostgebereien, Kantinen usw.**
Pfannkuch & Co.
Abonnenten berücksichtigt unsere Zurenten!